AUTOREN

Ganz unten

Günter Wallraff soll einen Mitarbeiter jahrelang zu Niedriglöhnen beschäftigt haben. Es geht um den Vorwurf des Sozialbetrugs.

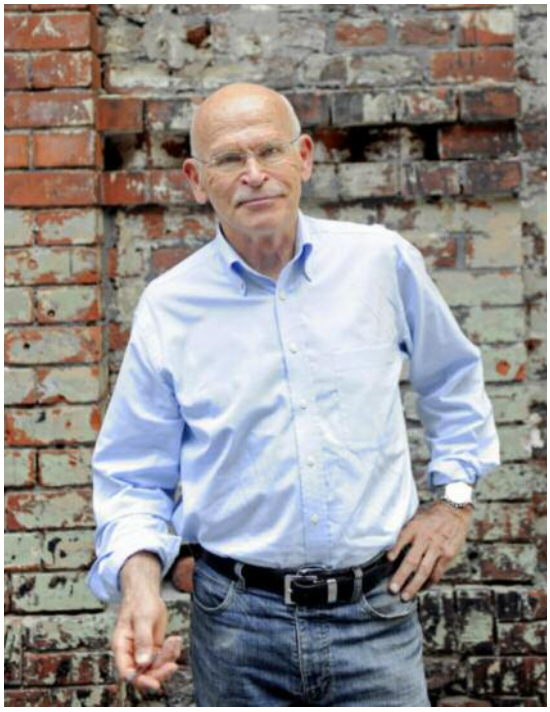
Wenn Günter Wallraff über den Mann sprach, der für ihn die Post erledigte, Telefonate annahm und einkaufte, fand er lobende Worte. André Fahnemann komme aus einem „geordneten Leben“, er sei ein „kritischer Geist“. Ein Mann, dem Wallraff vertraute. Die beiden passten zueinander, so sah es aus, fast vier Jahre lang.

Inzwischen ist das Verhältnis zwischen Wallraff und seinem früheren Mitarbeiter merklich abgekühlt. Die beiden Männer mögen sich nicht mehr. Wallraff lässt ausrichten, er habe helfen wollen. André Fahnemann sagt, Wallraff verhalte sich wie ein „absoluter Egomane“.

Der Streit ist mehr als nur eine Fehde zwischen einem Bestsellerautor und seinem Gehilfen. Es geht um die Vorwürfe des Sozialbetrugs und womöglich auch der Steuerhinterziehung. Fahnemann sagt, Wallraff habe ihn über Jahre hinweg illegal beschäftigt, während Fahnemann weiter Arbeitslosengeld und anschließend Hartz IV bekam. Sein Gehalt habe ihm Wallraff bar gezahlt, ohne dass die Tätigkeit bei den Behörden angemeldet gewesen sei. Wallraff lässt durch seinen Anwalt Winfried Seibert ausrichten, alles falsch, Fahnemann „war nicht festangestellt und hat kein monatliches Festgehalt bezogen“; die Zahlungen seien „ausschließlich auf Verlangen von Herrn Fahnemann bar und ohne Quittung“ erfolgt.

Fahnemann hat sich am 10. Juli beim Finanzamt selbst angezeigt. Sowohl dort als auch bei der Arbeitsagentur drohen ihm Nachzahlungen von mehreren zehntausend Euro. Der Fall könnte bei den Zollfahndern landen, die bei einem Verdacht auf Schwarzarbeit tätig werden. Wallraff muss mit Ermittlungen rechnen, doch schlimmer als die möglichen juristischen Folgen könnte für ihn die Debatte werden, die dann einsetzt.

Wenn sich die Vorwürfe bestätigen, steht der Enthüller und Verkleidungskünstler demaskiert da. Seit Jahrzehnten kämpft Wallraff, eher Aktivist als Journalist, gegen die Ausbeutung der Wehrlosen durch Kapitalisten und Konzerne. Schon mit Anfang zwanzig schlich er sich in die Werke von Thyssen und Siemens, um über die menschenverachtenden Arbeitsbedingungen zu berichten. Berühmt wurde er Ende der Siebziger mit seiner Undercover-Recherche bei „Bild“. Zur Legende wurde er mit dem Buch „Ganz unten“, für das er als Türke verkleidet die Welt der Billiglöhner erkundete.



CAROLINE SEIDEL / DPA

Arbeitgeber Wallraff: *„Absoluter Egomane“*

QUELLE: YOUTUBE.COM

Kontrahenten Fahnemann, Wallraff: *„Spitzenverkäufer“*

Seine Bücher und Reportagen brachten ihm ein Vermögen. „Ganz unten“, erschienen 1985, verkaufte sich allein in Deutschland mehrere Millionen Mal und wurde in mehr als 30 Sprachen übersetzt. Wallraff besitzt mehrere Immobilien in Köln und auf den Kanaren. Auf die Frage eines Journalisten, ob er Millionär sei, antwortete er: „Mit oder ohne Hausbesitz gerechnet?“ Ohne die Häuser sei er „längst kein Millionär“.

Die Geschichte mit André Fahnemann begann, nachdem Wallraff 2007 im „Zeit“-Magazin nach langer Abstinenz über Schikanen und Betrügereien in der Callcenter-Branche geschrieben hatte. Fahnemann war damals selbst in einem Callcenter angestellt und hatte im Internet über seine Erfahrungen berichtet. Wallraff, so Fahnemann, habe ihn darauf zum Tischtennisspielen eingeladen und gefragt, ob er nicht Lust habe, ihn zu unterstützen. Fahnemann hatte kurz zuvor seinen Job gekündigt, Wallraffs Angebot klang interessant.

Fahnemann hat eine schillernde Vergangenheit. Seine Akte weist etliche Einträge auf, darunter Fahren ohne Führerschein; er saß auch wegen fahrlässiger Brandstiftung für einige Zeit im Gefängnis. 2008 ging er nach einem Suizidversuch in Behandlung und arbeitete sich, als er sich erholt hatte, im Callcenter bis zum „Coach“ hoch, zuständig für die Schulung neuer Mitarbeiter. Fahnemann sei ein „Spitzenverkäufer“ gewesen, so hat es Wallraff einmal gesagt. Es folgte noch ein Zusammenbruch, Burnout, Antidepressiva, wochenlang konnte er nicht arbeiten. Bis Wallraff ihn auffing.

Im August 2008 begann er Aufgaben als Privatsekretär in Wallraffs Haus in Köln-Ehrenfeld zu übernehmen. Las E-Mails, beantwortete E-Mails, kaufte Lebensmittel, bügelte Hemden, nahm Anrufe entgegen, verschickte Manuskripte. Wallraff habe ihm zunächst 1000 Euro im Monat gezahlt, in bar, ohne dass der Job bei den Behörden gemeldet war, so schildert es Fahnemann in seiner Selbstanzeige. Wallraffs Anwalt spricht dagegen nur von „gelegentlichen Hilfen“.

Fahnemann war arbeitslos gemeldet und bekam zusätzlich rund 600 Euro im Monat von der Arbeitsagentur. Er will Wallraff immer wieder gefragt haben, wann der Job endlich legalisiert werde, aber der habe abgeblockt.

Ende Dezember 2008 zog Fahnemann nach Köln. Wallraff überließ ihm eine Zweizimmerwohnung in einem seiner Häuser. Für das Apartment habe er monatlich 380 Euro gezahlt, sagt Fahnemann, die Miete habe ihm Wallraff abgezogen. „Mietzahlungen wurden nicht vom Festgehalt abgezogen, weil es kein Festgehalt gab“, sagt Wallraffs Anwalt.

Als das Arbeitslosengeld I auslief und Fahnemann Hartz IV bekam, hatte er weniger als zuvor – obwohl er bis zu zwölf Stunden täglich gearbeitet und an Wochenenden und Feiertagen bereitgestanden habe. Erst Ende 2009 habe er sich bei Wallraff beschwert. „Du schläfst morgens bis um elf, und ich bekomme nicht einmal meine Überstunden bezahlt“, habe er Wallraff damals vorgeworfen.

Wallraff, sagt Fahnemann, habe sich daraufhin bereit erklärt, ihn nach Arbeitsleistung zu bezahlen. Stundenlohn: acht Euro. Gleichzeitig seien die Arbeitsstun-

den reduziert worden, so dass nach der neuen Regelung noch weniger Geld blieb als vorher: angeblich zwischen 300 und 500 Euro im Monat. Immer noch bar, immer noch ohne Beleg. Nur weil er zur selben Zeit Hartz IV bezogen habe, sei er über die Runden gekommen. Wallraffs Anwalt sagt dagegen, es habe „keine feste wöchentliche Arbeitszeit und keinen festen Stundenlohn“ gegeben, sondern finanzielle Zuwendungen, die, wenn man sie auf eine Stunde umrechnen würde, „weit mehr als 8 Euro“ betragen hätten.

Zur Rede stehen Arbeitsbedingungen, wie sie Wallraff oft kritisiert hat, unter anderem in seiner Reportagen-Sammlung „Aus der schönen neuen Welt“ von 2009. Er prangert darin die prekären Verhältnisse an, unter denen Angestellte leiden. So zählten die Mitarbeiter der Kaffeekette Starbucks zu den „working poor“ – Menschen, die schuften und dennoch nicht genug verdienen. „Für die tägliche Arbeitsintensität ist der Job gnadenlos unterbezahlt“, schreibt Wallraff. Er berichtet über ähnliche Fälle in Restaurantküchen und Großbäckereien, um am Ende melancholisch zu werden: Vor 40 Jahren, als er mit der Arbeit begann, habe er auf mehr Menschlichkeit gehofft. Sein Fazit: „Die Ungerechtigkeit hat zugenommen, menschlicher sind die Lebensverhältnisse nicht geworden, im Gegenteil.“

Bei einigen seiner über die Jahre wechselnden Mitarbeiter hatte Wallraff keinen sonderlich guten Ruf. Levent Sinirlioglu, der Wallraff seine Identität für die „Ganz unten“-Recherchen lieh, klagte bereits Ende der achtziger Jahre über dessen Willkür in Geldsachen. Die Bezahlung seiner Helfer habe Wallraff geregelt „wie jeder andere Chef, der billig davonkommen will“. Ein anderer Mitarbeiter klagte über verspätete Lohnzahlungen.

Ende Juni schrieb André Fahnemann an Wallraff einen Brief. Er habe keine Lust und Kraft mehr, ständig auf Abruf bereitzustehen. Sein Gehalt stagniere, doch die Erwartungen an ihn würden größer. „Du bist als Arbeitgeber nicht besser oder schlechter als die da draußen.“ Außerhalb der Arbeitszeit sei er nun nicht mehr erreichbar, „beginnend ab 17 Uhr, bis zum Folgetag 10 Uhr, Wochenende ganztägig“.

Wallraff lässt dem SPIEGEL ausrichten, er habe Fahnemann unterstützt, ein festes Arbeitsverhältnis zustande zu bringen, und sei dafür mit ihm aufs Amt gegangen. Der habe aber abgelehnt und den Kontakt abgebrochen, nachdem ihm Wallraff 4000 Euro gegeben habe.

Das Finanzamt Köln-Nord will sich mit Verweis auf das Steuergeheimnis ebenso wenig äußern wie die Arbeitsagentur. Fahnemanns Anwalt Frank Langen sagt, sein Mandant habe „mit der Selbstanzeige die Reißleine gezogen, um sich aus diesem Arbeitsverhältnis zu lösen“.

Christoph Scheuermann, Holger Stark

Wissenschaftlerin Ammicht Quinn

UWE ANSPACH / PICTURE ALLIANCE / DPA

ÜBERWACHUNG

„Sicherheit ist Leitmotiv“

Die Tübinger Ethikprofessorin Regina Ammicht Quinn, 55, über die Gefahren von Überwachungstechniken für freie Gesellschaften

SPIEGEL: Frau Ammicht Quinn, europaweit gibt es Proteste gegen das EU-Forschungsprogramm Indect. Dessen Ziel ist es, Bilder intelligenter Überwachungskameras mit vorhandenen Daten von Personen zu verknüpfen, um Straftaten automatisch zuzuordnen. Droht der Überwachungsstaat?

Ammicht Quinn: Indect ist der Alptraum jeder freien Gesellschaft. In Deutschland wäre eine Realisierung zurzeit nicht möglich, weil eine solche Verknüpfung vieler unterschiedlicher Daten gegen unser Recht verstoßen würde.

SPIEGEL: Besonders umstritten ist die geplante Erkennung von „abnormalem Verhalten“ durch Kameras. Was heißt überhaupt abnormal?

Ammicht Quinn: Das ist ein Riesenproblem. Normalität wird hier technisch festgelegt, etwa durch eine explizite Regel oder durch das, was statistisch „normal“ ist. Die Gefahr ist, dass etwa Gehbehinderte oder Obdachlose diskriminiert werden, weil sie auffällig sind. Und wir wollen doch nicht in einer Gesellschaft leben, in der Menschen nicht mehr auffällig sein dürfen.

SPIEGEL: Das Bundesforschungsministerium unterhält eigene Projekte, die sich auch mit dem Erkennen von „auffällig erscheinenden Personen“ durch Videokameras befassen, etwa an Flughäfen. Sie begleiten diese Programme aus ethischer Sicht. Wo liegt der Unterschied zu Indect?

Ammicht Quinn: Bei Indect sollen unterschiedlichste personenbezogene Informationen automatisch verbunden werden, was ich ablehne. Bei den Forschungsprogrammen des Ministeriums geht es um Hilfen für Sicherheitspersonal, das vor Monitoren sitzt und von Kameras auf mögliche Probleme hingewiesen werden soll. Das ist gewiss nicht das Paradies auf Erden, weil Daten missbraucht werden können. Aber das Ministerium hat von Anfang an Geistes- und Sozialwissenschaftler einbezogen. Das war bei Indect nicht der Fall.

SPIEGEL: Warum müssen überhaupt Steuergelder für Überwachungstechnik ausgegeben werden?

Ammicht Quinn: Die Politik reagiert auf Bedürfnisse in der Bevölkerung. Sicherheit ist zum Leitmotiv geworden, das fängt im Alltag bei der Lebensmittelsicherheit an. Wir leben in einer der sichersten Gesellschaften, die es je gab. Umso schwieriger ist es für viele, Unsicherheit zu ertragen.

Interview: Sven Becker